

Binningen, 11. Mai 2020

Wohnen ohne 5G in Binningen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit dem eingeschriebenen Brief reichen die Unterzeichnenden ein Rechtsbegehren gegen die 5G-Antenne auf dem Sportzentrum beim Spiegelfeld ein. Schon am 22. November 2018 hatte diesbezüglich eine erste Unterschriftensammlung mit rund 80 Unterzeichnenden stattgefunden und nicht zu einer befriedigenden Beachtung des Anliegens geführt. Unterdessen haben sich das Unbehagen und die Zahl der Personen, die mit der Antenne unzufrieden sind, vergrössert und es wurde nach langen Vorbereitungsarbeiten eine erneute Unterschriftensammlung durchgeführt, diesmal in Form eines Rechtsbegehrens.

Bei der jetzigen Sammlung der Interessensgruppe «Wohnen ohne 5G» kamen 312 gültige Unterschriften zusammen (317, davon 4 ausserhalb des unterschriftsberechtigten Perimeter und eine Doppelunterschrift) – dies obwohl die Sammelaktivität in den letzten Wochen aufgrund der Corona-Situation stark eingeschränkt war. Die Unterzeichnenden wohnen oder arbeiten alle in unmittelbarer Nähe des Antennenstandorts. Die 312 Unterschriften sind ein beachtliches Zeichen, dass die 5G-Antenne gegen den Willen der Bevölkerung erstellt worden ist.

Das Rechtsbegehren verfolgt zwei Ziele: Es richtet sich einerseits gegen die damalige Baubewilligung, bei welcher die Höhe der Antenne nicht ersichtlich war. Die überhöhte Antenne dominiert das Wohngebiet, wo sonst die maximale Bauhöhe streng limitiert ist. Andererseits richtet es sich gegen die Bewilligung der 5G-Technologie mit dem Bagatellverfahren, welches laut einschlägigen Rechtsgutachten für eine solche technologische Aufrüstung nicht zulässig ist, da das Risiko, die Einhaltung der Grenzwerte und die Messbarkeit der 5G-Technologie bisher ungeklärt sind. Gleichzeitig wollen wir auch einen lokalpolitischen Diskurs über die 5G-Technologie anstossen. Wir sind der Meinung, dass eine Gemeinde viele Möglichkeiten hat, den technologischen Fortschritt mit Vernunft und Augenmass zu regulieren. Ein entsprechendes Schreiben geht diese Woche an die Parlamentarier im Einwohnerrat (s. Beilage).

Als Hauptverantwortliche für die Unterschriftensammlung haben wir uns entschieden, das Rechtsbegehren in erster Instanz an die Gemeinde zu senden, mit Kopie an das kantonale Bauinspektorat. Wir sind der Ansicht, dass der Gemeinderat als Behörde und das Bauamt als Verwaltungsbeauftragte dafür zuständig sind, Baubewilligungen zu überwachen und Einsprache zu erheben, wenn ein Baugesuch irreführende (Antennenhöhe), ortsbildverändernde (Bauhöhe) oder verfahrensmässige (Bagatellverfahren) Mängel aufweist. Die Unterzeichnenden erwarten nun vom Gemeinderat, dass er die im Rechtsbegehren und mit den Unterschriften zum Ausdruck gebrachten

Anliegen ernst nimmt und die geäusserten Forderungen umsetzt. Selbstverständlich sind wir an einem vorgängigen konstruktiven Dialog mit den zuständigen Behörden- und Verwaltungsvertretern interessiert. Wir warten gespannt auf Ihre Kontaktaufnahme.

Freundliche Grüsse

Interessengruppe „Wohnen ohne 5G“

Kopie z.K. Bauinspektorat Baselland, Liestal